GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Die Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung an ostdeutschen Universitäten : Ein Ergebnis von Kämpfen im wissenschaftlichen Feld

Dölling, Irene

2000

https://doi.org/10.25595/21

Veröffentlichungsversion / published version
Sammelbandbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dölling, Irene: *Die Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung an ostdeutschen Universitäten : Ein Ergebnis von Kämpfen im wissenschaftlichen Feld*, in: Krais, Beate (Hrsg.): Wissenschaftskultur und Geschlechterordnung Über die verborgenen Mechanismen männlicher Dominanz in der akademischen Welt (Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2000), 153-169. DOI: https://doi.org/10.25595/21.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Beate Krais (Hg.)

Wissenschaftskultur und Geschlechterordnung

Über die verborgenen Mechanismen männlicher Dominanz in der akademischen Welt

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei
Der Deutschen Bibliothek erhältlich
ISBN 3-593-36230-9

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung
und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Copyright © 2000 Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main
Redaktion und Satz: Bettina Schmidt, Darmstadt
Druck und Bindung: KM-Druck, Groß-Umstadt
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.campus.de

Inhalt

Vorwort 7

Beate Krais
Einleitung: Die Wissenschaft und die Frauen 9

Beate Krais
Das soziale Feld Wissenschaft und die Geschlechterverhältnisse
Theoretische Sondierungen 31

William T. Bielby
Geschlecht und Karriere:
Ist die Wissenschaft ein Sonderfall? 55

Elke M. Geenen
Akademische Karrieren von Frauen an wissenschaftlichen Hochschulen 83

Christine Wennerås und Agnes Wold
Vetternwirtschaft und Sexismus im Gutachterwesen 107

Steffani Engler
Zum Selbstverständnis von Professoren und der *illusio* des wissenschaftlichen Feldes 121

Irene Dölling
Die Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung an ostdeutschen Universitäten
Ein Ergebnis von Kämpfen im wissenschaftlichen Feld 153

Anke Burkhardt
Wissenschaftlerinnen – Stiefkinder der ostdeutschen »Hochschulerneuerung«? 171

Angelika Wetterer
Noch einmal: Rhetorische Präsenz – faktische Marginalität
Die kontrafaktischen Wirkungen der bisherigen Frauenförderung im Hochschulbereich 195

Die Autorinnen und der Autor 223

Irene Dölling

Die Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung an ostdeutschen Universitäten

Ein Ergebnis von Kämpfen im wissenschaftlichen Feld*

Bekanntlich sind die Universitäten und Hochschulen in den neuen Bundesländern nach der Vereinigung umstrukturiert und personell in großem Umfang neu besetzt worden. Dieser Prozeß, der im wesentlichen zwischen 1991 und 1994 ablief und sich in den fünf neuen Ländern sowie Berlin in der Durchführung durch unterschiedliche Akzente und Verfahrensweisen auszeichnete, hatte durchgehend vor allem zwei Ziele: *Erstens* ging es darum, die ostdeutsche Hochschullandschaft zu modernisieren, sie in Strukturen und Ausstattung internationalen Standards anzupassen, wobei hier in der Regel nichts Neues erprobt, sondern das westdeutsche Modell übernommen wurde. *Zweitens* ging es darum, im Zuge eines umfassenden Elitenwechsels das Personal, insbesondere bei der Professorenschaft, zu erneuern. Das heißt, es ging darum – jedenfalls nach offizieller Lesart – in Überprüfungs- und Evaluierungsverfahren alle diejenigen zu entfernen, die den gültigen Leistungsstandards im wissenschaftlichen Feld nicht genügten und/oder als politisch belastet eingestuft wurden. Die Kriterien der politischen Überprüfung änderten sich im zeitlichen Verlauf: Waren zunächst nur diejenigen von Entlassung betroffen, die mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet hatten, so wurde später das – nie genau definierte – Kriterium der »Staatsnähe« eingeführt. Danach konnten die Ausübung von Parteifunktionen, aber auch z.B. die langjährige Leitung eines Instituts oder einer Fakultät negativ zu Buche schlagen. Der Umstrukturierungsprozeß war insti-

tutionell in allen Ländern durch eine Zweiteilung gekennzeichnet: Die Neustrukturierung und die Neubesetzung der Stellen war Aufgabe von Struktur- und Berufungskommissionen, die aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammengesetzt waren; die politische Überprüfung erfolgte durch Institutionen in den Wissenschaftsministerien in Zusammenarbeit mit der Gauck-Behörde. Das heißt, die Mitglieder der Struktur- und Berufungskommissionen, in denen im übrigen die vom Wissenschaftsminister eingesetzten Wissenschaftler aus dem Westen gegenüber den – in der Regel geheim gewählten – Vertreterinnen und Vertretern aus dem Osten die Stimmenmehrheit hatten, konnten in dem (Selbst-)Verständnis agieren, ihre Entscheidungen nach rein wissenschaftlichen Gesichtspunkten zu treffen, sich aus den politischen Auseinandersetzungen herauszuhalten – und im übrigen gegenüber den politischen Institutionen tendenziell machtlos zu sein.

Ein Ergebnis der Umstrukturierungen an den Hochschulen war die Etablierung von Frauen- und Geschlechterforschung durch die Einrichtung von Professuren mit einer entsprechenden Denomination. Dies war nicht unbedingt zu erwarten gewesen, ist doch auch in Westdeutschland nach 20 Jahren Kampf Frauenforschung immer noch marginal in der Wissenschaftslandschaft, gibt es wenige entsprechende Professuren und selten curriculare Verankerungen. Zudem waren in allen Gremien, mit denen der Institutionentransfer von West nach Ost im universitären Feld realisiert wurde (Wissenschaftsrat, Hochschulstrukturkommissionen der Länder, universitäre Kommissionen) Frauen in der absoluten Minderheit (vgl. ZIMMERMANN 1995: 12ff.). Es kann demnach davon ausgegangen werden, daß Frauen- und Geschlechterforschung keineswegs von vornherein eine Rolle spielte, wenn es um die Implementierung moderner Wissenschaftsstrukturen im Osten ging. Die Einrichtung einiger Professuren mit der Denomination »Frauen-« bzw. »Geschlechterforschung« war vielmehr das Ergebnis von Auseinandersetzungen im universitären Feld, in denen – bis zu einem bestimmten Zeitpunkt jedenfalls – ostdeutsche Wissenschaftlerinnen eine maßgebliche Rolle spielten.

Ich möchte im folgenden in groben Umrissen nachzeichnen,

wie die Etablierung von Frauen- und Geschlechterforschung an ostdeutschen Universitäten erfolgte, und dabei versuchen, Bourdieus konzeptionelle Überlegungen zum wissenschaftlichen bzw. universitären Feld als einem Feld »von aktuellen und potentiellen Kräften« und dementsprechend einem »Feld von Kämpfen um den Erhalt oder die Veränderung der Konfiguration dieser Kräfte« (BOURDIEU/WACQUANT 1996: 132) methodisch anzuwenden. Ich unterscheide bei dieser Rekonstruktion drei Phasen:

1. die Phase, die in der »Wendezeit« 1989 begann und bis in die Zeit der Neustrukturierung der Universitäten reichte: Das Entstehen ostdeutscher Frauenforschung in dem sich auflösenden universitären Feld der im Verschwinden begriffenen DDR;
2. die Phase der Neustrukturierung der Universitäten und der Neuberufung der Professorenschaft: Die Etablierung von Frauen- und Geschlechterforschung wird zu einem Zeichen für die »Modernität« der neuen Wissenschaftslandschaft, und zugleich wird die ostdeutsche Frauenforschung institutionell und personell marginalisiert;
3. die Phase der Verfestigung des neuen universitären Feldes: Frauen- und Geschlechterforschung nimmt (wieder) eine marginalisierte Position ein, und zugleich entstehen neue Grenzziehungen: von der Frauenforschung zu »Gender Studies«.

Bevor ich diese Phasen näher kennzeichne, muß ich noch einige »Fakten« nennen: Im Zuge der noch zu erläuternden Kämpfe im universitären Feld wurden in den neuen Ländern bisher sechs Professuren mit einer Denomination »Frauen-« bzw. »Geschlechterforschung« eingerichtet: drei davon allein an der *Humboldt-Universität Berlin* (HUB) (Soziologie, Literaturwissenschaft, Kulturwissenschaft) und eine an der Universität Potsdam (Soziologie), wobei zwei von diesen vier C4-Professuren sind. Die beiden anderen Professuren wurden an Fachhochschulen etabliert, nämlich eine Professur für »Theologie aus weiblicher Sicht« in Dresden (Sachsen) und eine für Soziologie/Sozialwesen in Jena (Thüringen). An einigen Universitäten in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern,

Sachsen-Anhalt und Thüringen gibt es seit längerem Versuche, Professuren mit einem Schwerpunkt Frauen- bzw. Geschlechterforschung einzurichten, sie waren aber bislang weitgehend erfolglos. (An der Universität Erfurt/Thüringen ist derzeit eine entsprechend denominierte Professur in der Soziologie zur Besetzung ausgeschrieben.) An der *Humboldt-Universität* in Berlin gibt es seit 1989 ein *Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung* (ZiF); 1996 wurde an der Universität Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) eine vergleichbare Einrichtung eröffnet.

Soweit einige Daten, die auch bereits anzeigen, daß erstens die Resultate der Kämpfe um die Etablierung von Frauen- und Geschlechterforschung nicht gerade großartig sind und zweitens Erfolge vor allem im Raum Berlin-Brandenburg errungen werden konnten – worauf noch einzugehen sein wird.

Hinzufügen möchte ich diesen einleitenden Bemerkungen noch, daß ich als eine der wenigen ostdeutschen Wissenschaftlerinnen, die schon vor 1989 Frauenforschung betrieben und in die Lehre integriert haben, in diese Prozesse aktiv involviert war und dieser Rückblick für mich auch eine Art »Anamnesearbeit« (BOURDIEU/WACQUANT 1996: 96) im Bourdieuschen Sinne darstellt.

1. Das Entstehen ostdeutscher Frauenforschung in dem sich auflösenden universitären Feld der im Verschwinden begriffenen DDR (erste Phase)

Mit den politischen Aktionen und Veränderungen des Herbstes 1989 kam auch Bewegung in das wissenschaftliche bzw. universitäre Feld: Die Abteilungen für Marxismus-Leninismus, die für die Pflichtausbildung in Marxismus für alle Studierenden zuständig gewesen waren, wurden aufgelöst, Ideologieanteile vor allem in den sozial- und geisteswissenschaftlichen Curricula getilgt, zum Teil wurden neue Curricula erarbeitet und erprobt. Die nun dezidiert angestrebte Trennung von Politik und Wissenschaft führte auch dazu, daß bisherige Inhaber von universitären Machtpositionen

unter Druck gerieten, die Universität verließen oder zumindest ihren Einfluß verloren. Das entstandene Machtvakuum wurde zunächst von DDR-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftlern gefüllt, die auf Grund ihres kulturellen Kapitals, ihrer wissenschaftlichen Kompetenz und Reputation sowie ihrer politischen »Unbelastetheit« Autorität besaßen. Sie waren in der Regel offen für Neuerungen, die Ausdruck waren für Reformwillen einerseits, für eine Wissenschaft »auf der Höhe der Zeit« andererseits. In diesem sich verändernden Kräftefeld nun wurden Wissenschaftlerinnen aktiv, denen die Etablierung von Frauenforschung als Zeichen für eine zeitgemäße Lehre und Forschung galt. Sie machten sich die Auflösungstendenzen bisheriger universitärer Strukturen zunutze und besetzten im wörtlichen und im übertragenen Sinne Räume, um ihre Ziele zu realisieren. Die Gründung des *Zentrums für interdisziplinäre Frauenforschung* (ZiF) an der *Humboldt-Universität Berlin* kann dafür als Paradebeispiel angesehen werden. Gegründet im Dezember 1989, verfügte es bereits wenige Wochen später über Räume, Stellen und technisches Equipment, und es wurde im Frühjahr 1990 vom Akademischen Senat als eine Einrichtung der Universität bestätigt und mit der Anbindung an eine Fakultät auch im Haushalt etabliert. Diese noch in den letzten Monaten der DDR festgezurrte Einbindung des Zentrums in die Universitätsstruktur hat alle folgenden Umgestaltungen unbeschadet überstanden und war eine wichtige Voraussetzung für die Einrichtung mehrerer Professuren mit einem Schwerpunkt Frauen- und Geschlechterforschung in den folgenden Jahren. Die in Unordnung geratene Figuration im universitären Feld, verbunden mit der gewissen Unsicherheit der neuen Inhaber von Machtpositionen, die nicht zuletzt aus der ungewissen Perspektive der wissenschaftlichen Einrichtungen nach der politischen Vereinigung der beiden deutschen Staaten resultierte, war einer der Gründe für diese Erfolgsstory, die keine Fortsetzung an anderen ostdeutschen Universitäten fand, obwohl z.B. in Halle, Leipzig und Dresden ähnliches versucht wurde.

Für die erfolgreiche Gründung des Berliner ZiF als einem Netzwerk für Frauenforschung waren aber mindestens zwei weitere Gründe ausschlaggebend. Zum einen war dies die spezifische Situa-

tion in Berlin, durch die äußere, politische und wissenschaftspolitische Rahmenbedingungen für die universitären Prozesse gesetzt wurden. Hier trafen nach dem Fall der Mauer unmittelbar die verschiedenen Wissenschaftsfelder der beiden Gesellschaften aufeinander, in Gestalt der drei großen Universitäten, aber auch der *Akademie der Wissenschaften* der DDR, in der 1989/90 über 20000 Menschen beschäftigt waren. Dies erhöhte sowohl den Druck in Richtung auf Veränderung, führte aber auch zu vielfältiger Kommunikation und Kooperation wie andererseits auch zu direkter Konkurrenz. Parallel zum Neuaufbau der *Humboldt-Universität* und anderer Hochschuleinrichtungen im Osten Berlins lief der Abbau von Stellen, Finanzkürzungen etc. an den wissenschaftlichen Einrichtungen im Westen der Stadt. Hinzu kam, daß Berlin bis 1991 von einem rot-grünen Senat regiert wurde, der u.a. eine fortschrittliche Frauenpolitik verfolgte und z.B. durch ein spezielles Stipendienprogramm auch die Frauenforschung explizit förderte. Dies hatte dazu geführt, daß an den Westberliner Universitäten eine disziplinär vielfältige und gut vernetzte Frauenforschung betrieben wurde und diese im universitären Feld auch ein gewisses Maß an Akzeptanz gefunden hatte. Die Ostberliner Initiativen zur Etablierung von Frauenforschung an der *Humboldt-Universität* fanden daher, insbesondere nach der Vereinigung, Unterstützung in den politischen Gremien, die in der Folgezeit den äußeren Rahmen für den Umbau setzten.[1]

Zum zweiten – und entscheidend für den Erfolg ihrer Anstrengungen – war die Positionierung der Hauptakteurinnen im universitären Feld, die an der *Humboldt-Universität* in ihren Wissenschaftsdisziplinen und über das Netzwerk des ZiF die Etablierung von Frauenforschung vorantrieben. Diese Aktivistinnen waren 1989/90 bereits Hochschullehrerinnen (d.h. Professorinnen bzw. Dozentinnen nach DDR-Terminologie) bzw. hatten sich habilitiert. Sie waren also in mittleren bis höheren Positionen innerhalb der universitären Hierarchie angesiedelt: Die einen hatten sich als Professorinnen einen festen Platz bereits erobert, die anderen warteten aus der zweiten Reihe auf die Chance für diesen Aufstieg. Dies bedingte einerseits durchaus differente Eigeninteressen unter die-

sen Akteurinnen, zugleich verbanden sie aber auch Ähnlichkeiten in ihrer Positionierung im universitären Feld der DDR bzw. der Übergangszeit sowie Gemeinsamkeiten in wissenschaftlichen Interessen, die ein gemeinsames Handeln ermöglichten.

Sie hatten – erstens – ihre Positionen bislang vor allem auf Grund ihres kulturellen Kapitals inne, und weniger bzw. gar nicht in Kombination mit universitären Machtpositionen. Zwar waren sie – zweitens – mehrheitlich Mitglieder der SED, aber ihr politisches Kapital[2] (vgl. BOURDIEU 1991) war nicht hoch – sie hatten weder die für einen Aufstieg in universitäre Machtpositionen notwendigen Parteischulen besucht, noch hatten sie höhere Parteifunktionen ausgeübt. Eher gehörten sie zu den kritischen Teilen innerhalb der Partei, die den Sozialismus reformieren wollten, ohne gegen das System zu opponieren. Genau diese kritisch-reformerischen Intentionen hatten sie – drittens – auch dazu gebracht, sich bereits zu DDR-Zeiten mit den (veränderungsbedürftigen) Geschlechterverhältnissen im realen Sozialismus auseinanderzusetzen, sich in diesem Zusammenhang mit dem »westlichen« Feminismus zu beschäftigen und zu dieser Thematik in wissenschaftlichen Organen (z.T. auch im Westen) zu publizieren.

Damit stellten sie eine absolute Rarität im wissenschaftlichen Feld der DDR dar, und dies war die Ressource, die sie 1989/90 in mehrfacher Beziehung positiv einsetzen konnten: Sie verfügten über die wissenschaftliche Kompetenz, um feministische Projekte in Lehre und Forschung zu entwickeln, anspruchsvolle wissenschaftliche Veranstaltungen durchzuführen und in den Medien als Vertreterinnen einer reformwilligen DDR-Intelligenz präsent zu sein. Sie wiesen eine wissenschaftliche Biographie auf, die sie zwar nicht als kritische Intellektuelle, aber doch als Ausnahmen im Wissenschaftsfeld der DDR auswies, das wesentlich durch die Preisgabe der Autonomie der Wissenschaft gegenüber der Politik gekennzeichnet war. Und schließlich hatten sie Positionen im universitären Feld inne, die es ihnen in der Wende- und Übergangszeit ermöglichten, ihren Vorstellungen und Forderungen in den entscheidenden Gremien Gehör zu verschaffen. Zudem eröffnete ihnen ihr relativ geringes politisches Kapital auch die Chance, in

nunmehr freigewordene universitäre Machtpositionen aufzurükken und diese wiederum für die spezifischen Interessen auf dem Gebiet der Frauenforschung zu nutzen. In der DDR hatten diese Aktivistinnen in mehrfacher Hinsicht zur beherrschten Fraktion des wissenschaftlichen Feldes gehört: Sie waren als Frauen eher Ausnahmen im Kreis der Hochschullehrer bzw. habilitierten Wissenschaftler; sie kamen vor allem aus Disziplinen, die – wie Soziologie, Kultur- und Literaturwissenschaft – nicht an der Spitze der Wissenschaftshierarchie rangierten und zudem im Realsozialismus hochgradig ideologisiert waren; sie hatten sich in Forschung und auch in der Lehre Themen zugewandt, die als unwichtig, überflüssig oder auch seltsam angesehen wurden, die aber auch eine Art Nischenexistenz erlaubten, welche zugleich die Anhäufung eines spezifischen kulturellen Kapitals ermöglichte. Diese zu DDR-Zeiten eher untergeordnete Positionierung wandelte sich 1989/90 zu einer machtvollen Ressource – gerade auch innerhalb jener Wissenschaftsdisziplinen, die nun als erste als besonders politiknah umstrukturiert wurden und deren Personal besonders kritisch evaluiert wurde.

2. Die Etablierung von Professuren mit einem Schwerpunkt Frauen- bzw. Geschlechterforschung als Zeichen von Modernität und die parallele Marginalisierung ostdeutscher Frauenforschung (zweite Phase)

Nach der politischen Vereinigung, ab 1991, änderte sich das Kräfteverhältnis im universitären Feld erneut. Mit dem Einsetzen von Gründungsdekanen bzw. Struktur- und Berufungskommissionen an allen Fakultäten durch die Wissenschaftsministerien der Länder entstand eine neue Gruppierung von Machtinhabern. Sie vor allem – nicht die gewählten Gremien der universitären Verwaltung – entschieden in Abstimmung mit den Empfehlungen der Hochschulstrukturkommissionen der Länder über die künftige Struktur von

Instituten und Fakultäten, über die Denomination von Professuren und deren Ausstattung sowie über die Erstbesetzung dieser Professuren. Diesen Entscheidungen voran ging in der Regel eine Evaluierung der bisherigen Strukturen sowie der wissenschaftlichen Qualifikation aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für die unterdessen entstandene ostdeutsche Frauenforschung (die sich nun nicht mehr auf die wenigen Aktivistinnen aus der DDR-Zeit beschränkte) bedeutete dies zweierlei: zum einen die Sicherung des bisher Erreichten bei der Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung bzw. auch deren Ausbau durch Einrichtung entsprechender Professuren, zum anderen die Entscheidung über die individuelle berufliche Perspektive derjenigen, die sich bislang aktiv auf diesem Gebiet engagiert hatten. Überall da, wo es schon in der Übergangszeit nicht gelungen war, diese Aktivitäten institutionell auf Dauer zu stellen, wurden die vorhandenen Ansätze zur Etablierung von Frauen- und Geschlechterforschung weiter an den Rand gedrängt. Dies geschah nicht zuletzt dadurch, daß die meisten Wissenschaftlerinnen entweder ihre Arbeit verloren, in den Vorruhestand oder in den sogenannten Überhang geschoben wurden (d.h. auf befristete Stellen, die nicht in die neue Struktur paßten, daher z.B. auch nicht, über die Anbindung an Professuren, mit materiellen Ressourcen ausgestattet waren) oder auf Zeitverträge als Mitarbeiterinnen bei Professoren, die sich in der Regel nicht für Frauenforschung interessierten oder gar engagierten.

Eine Ausnahme bei diesen nun einsetzenden Verdrängungs- und Marginalisierungsprozessen der gerade entstandenen ostdeutschen Frauenforschung war Berlin (bzw. auch Brandenburg); die Gründe dafür habe ich bereits skizziert. Hier erwiesen sich sowohl die Institutionalisierung von Frauenforschung im ZiF als auch in verschiedenen Curricula ebenso wie die ebenfalls bereits skizzierte bisherige Positionierung der Hauptakteurinnen im universitären Feld als günstige Ausgangsbedingungen im Kampf um den Erhalt einer Figuration des wissenschaftlichen Feldes, die der Frauen- und Geschlechterforschung einen etablierten Platz einräumte.

Diese Institutionalisierungen und ihre vorweisbaren Erfolge brachten die Struktur- und Berufungskommissionen zumindest in

denjenigen Disziplinen unter Zugzwang, in denen auch in den alten Bundesländern feministische Theorien an Akzeptanz gewonnen und von Professorinnen in Lehre und Forschung vertreten wurden, also insbesondere Literaturwissenschaft, Kulturwissenschaften, Soziologie.[3] Die Fortsetzung bzw. der Ausbau von Frauen- und Geschlechterforschung, die ansonsten – d.h. im westdeutschen wissenschaftlichen Feld – eher eine Randposition hatte, konnte unter den gegebenen Umständen von den evaluierenden westdeutschen Wissenschaftlern als Signum für »Modernität«, für Curricula bzw. Wissenschaftsstrukturen »auf der Höhe der Zeit« umgedeutet werden. So wurde z.B. von der Struktur- und Berufungskommission Kulturwissenschaft an der *Humboldt-Universität* die künftige Einrichtung einer Professur »Kulturanalyse mit dem Schwerpunkt Geschlechterverhältnisse« beschlossen, und zwar unter ausdrücklichem Hinweis auf die bisherigen Aktivitäten und Leistungen einiger Kulturwissenschaftlerinnen, die sich für eine wissenschaftliche Richtung stark gemacht hatten, für die es im wissenschaftlichen Feld der DDR keinen Platz gegeben hatte. Verstärkend für diese Figuration kam hinzu, daß die Umgestaltung der *Humboldt-Universität* gemeinhin als Modellfall für den Aufbau einer höchsten Ansprüchen genügenden Hochschule galt. In diesem Kontext konnte die – relative – Aufgeschlossenheit der entscheidenden Gremien, zumindest in einigen Disziplinen Frauen- und Geschlechterforschung als Bestandteil moderner Wissenschaftsstrukturen zu integrieren, auch als Zeichen für Aufgeschlossenheit und Unvoreingenommenheit gegenüber (neuen) wissenschaftlichen Ideen und Konzepten verstanden werden, die das implementierte westliche im Vergleich zum Wissenschaftssystem der DDR kennzeichneten.

Dieses Moment spielte dann auch bei der Evaluierung der einzelnen Wissenschaftlerinnen eine gewichtige Rolle. Generell waren die individuellen Evaluierungen durch eine extreme Machtasymmetrie gekennzeichnet: Schließlich wurde die bisherige wissenschaftliche Biographie nach bislang nicht gültigen Kriterien sowie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern beurteilt, die bestenfalls keine Ahnung vom wissenschaftlichen Feld in der DDR

hatten und schlimmstenfalls dieses als Feld reiner Ideologieproduktion ansahen und seine Repräsentantinnen und Repräsentanten auch nicht unbedingt als Wissenschaftler. Besonders für die Sozial- und Geisteswissenschaften galt allgemein die Vorannahme, daß sie westlichen wissenschaftlichen Standards nicht genügten. Zugleich wurde durch das Procedere der Evaluierung der Anschein erweckt, als würde hier einzig nach den Regeln gespielt, die der Logik des wissenschaftlichen Feldes korrespondierten. Die Tatsache, daß die politische Überprüfung zeitgleich, aber institutionell strikt davon abgetrennt verlief, gab beiden beteiligten Seiten bei den Evaluierungsgesprächen die Möglichkeit, in »verborgene(r) und stillschweigende(r) Übereinkunft« den »Einsätzen ihre Anerkennung« (BOURDIEU 1998: 142) zu erweisen, um die im wissenschaftlichen Feld gekämpft wird: eine bestimmte Form der Erkenntnis, »Wahrheit«, Überzeugungskraft von Theorien und Argumentationen usw. In diesem Spiel hatten die Hauptakteurinnen im Kampf um die Etablierung von Frauenforschung durchaus gute Karten. Sie konnten Kenntnisse und eigene Forschungsergebnisse auf einem raren Gebiet vorweisen, mit denen sie anschlußfähig waren an Diskurse und Wertmaßstäbe der Evaluierer, selbst wenn diese kein besonderes Interesse an Frauen- und Geschlechterforschung hatten. Sie verfügten, um mit Bourdieu zu sprechen, über ein Kapital, das im Spiel als »Trumpf sticht« (BOURDIEU/WACQUANT 1996:128). »Ein Kapital oder eine Kapitalsorte ist das, was in einem bestimmten Feld zugleich als Waffe und als umkämpftes Objekt wirksam ist, das, was es seinem Besitzer erlaubt, Macht oder Einfluß auszuüben, also in einem bestimmten Feld zu existieren und nicht bloß eine ›quantité négligeable‹ zu sein.« (ebd.)

Das Kapital, das die Hauptakteurinnen in dieser zweiten Phase der Neustrukturierung des universitären Feldes und der Evaluierung ins Spiel einbrachten, stach auf zweifache Weise als Trumpf: Zum einen erwies es sich als einflußreich bei der Einrichtung von drei Professuren mit einer Denomination »Frauen-« bzw. »Geschlechterforschung« an der HUB, also beim heiß umkämpften Objekt »Professur«; zum anderen brachte es eine positive Evaluierung und damit die Eintrittskarte für das nun beginnende Spiel um die

neu zu besetzenden Hochschullehrerstellen. Dieses Spiel aber, um dessen Einsatz die Hauptakteurinnen in Sachen Frauenforschung erfolgreich gekämpft hatten, wurde zu Bedingungen gespielt, für die sie nicht immer die günstigste Zusammensetzung von Kapitalsorten hatten – am Ende waren nur einige von ihnen auch in dieser Runde erfolgreich.

Ich habe bisher zu skizzieren versucht, auf Grund welcher Kräfteverhältnisse im wissenschaftlichen bzw. universitären Feld es einer Gruppe von Wissenschaftlerinnen nach der Wende und in der Phase der Neustrukturierung der ostdeutschen Hochschullandschaft gelungen ist, Frauen- und Geschlechterforschung universitär zu institutionalisieren, also auch erfolgreich ihr Interesse (*illusio*) an Legitimierung feministischer Wissenschaft mit dem Interesse am Erhalt bzw. der Verbesserung der eigenen Position zu verknüpfen. Ein – von ihnen nicht unbedingt gewollter – Nebeneffekt dieser erfolgreichen Kämpfe war, daß die neueingerichteten Professuren mit einer Denomination »Frauen-« bzw. »Geschlechterforschung« bundesweit ausgeschrieben wurden. Zwar bestand die Möglichkeit hausinterner Ausschreibungen, um die Chancen ostdeutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu wahren, aber in der Regel wurde davon nicht Gebrauch gemacht.

Mit der bundesweiten Ausschreibung der neuen Professuren waren die ostdeutschen Wissenschaftlerinnen einer Konkurrenz ausgesetzt, die häufig den nunmehr gültigen Kriterien einer erfolgreichen wissenschaftlichen Biographie besser genügte (z.B. Publikationen in angesehenen westlichen Zeitschriften, Auslandsaufenthalte u.a.) und auch über mehr soziales Kapital in Gestalt von Beziehungen, Informationskanälen, Empfehlungen, Bekanntschaften usw. verfügte, das gegenüber den Berufungskommissionen bzw. einzelnen ihrer Mitglieder ins Spiel gebracht werden konnte.[4]

Zusammenfassend läßt sich für diese zweite Phase der Umstrukturierung der ostdeutschen Hochschulen festhalten: In dieser spezifischen Figuration – und insbesondere unter den konkreten Bedingungen in Berlin – gab es eine partielle Interessenüberschneidung zwischen ostdeutschen Wissenschaftlerinnen, die sich

für die Etablierung von Frauen- und Geschlechterforschung engagierten, einerseits, den Struktur- und Berufungskommissionen in einigen Disziplinen andererseits. Ergebnis dieser Konstellation war zum einen die Einrichtung einiger Professuren mit einer Denomination »Frauen-« und »Geschlechterforschung« und zum anderen, daß einige dieser ostdeutschen Wissenschaftlerinnen den Ruf auf eine dieser Professuren erhielten.[5] Die Mehrheit der Wissenschaftlerinnen allerdings, die sich nach 1989/90 an der Entwicklung ostdeutscher Frauenforschung beteiligt hatten, verlor ihre Positionen im universitären Feld bzw. wurde in Randpositionen im wissenschaftlichen Feld (z.B. durch Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen, zeitweilige Förderprogramme etc.) gedrängt. Universitäre Frauen- und Geschlechterforschung wurde im folgenden auch im Osten – u.a. durch Berufungen von feministisch engagierten Wissenschaftlerinnen, deren Professur keine entsprechende Denomination aufweist – tendenziell eine westdeutsch dominierte Angelegenheit.

3. Die Verfestigung der Strukturen des neuen universitären Feldes und die Positionierung von Frauen- und Geschlechterforschung (dritte Phase)

Zu dieser dritten Phase, die bis in die Gegenwart anhält, möchte ich nur zwei kurze Bemerkungen machen.

Erstens: Die in der zweiten Phase erfolgte Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung an ostdeutschen Universitäten wurde durch spezifische Figurationen und Kräfteverhältnisse zwischen verschiedenen wissenschaftlichen und politischen Akteursgruppen, insbesondere in den Ländern Berlin und Brandenburg, ermöglicht. Die so gegebenen Spielräume verengten bzw. schlossen sich, nachdem die Neuberufungen abgeschlossen waren und die Verfestigung und Verstetigung des neu formierten universitären Feldes zur alltäglichen Praxis wurde. Für diesen neu eingekehrten Alltag ist zweierlei kennzeichnend: Zum einen konnte an

den Universitäten, wo entsprechende Professuren eingerichtet wurden, der Einfluß von disziplinärer wie inter- oder transdisziplinärer Frauen- und Geschlechterforschung ausgebaut und ein gewisses Maß an Akzeptanz innerhalb des Gefüges der Wissenschaftsdisziplinen errungen werden. Dafür sprechen z.B. die Einrichtung des für Deutschland ersten Studienganges »Gender Studies« an der *Humboldt-Universität* im WS 1997/98 wie auch die curriculare Verankerung von Frauen- und Geschlechterforschung in verschiedenen Studiengängen oder die geplante Eröffnung eines Magister-Nebenfaches »Transdisziplinäre Frauen- und Geschlechterstudien« an der Universität Potsdam. An der Realisierung dieser Studiengänge sind in Berlin wie Potsdam Wissenschaftlerinnen, aber auch Wissenschaftler aus verschiedenen Fakultäten beteiligt (z.T., wenngleich in relativ geringem Umfang, auch aus den naturwissenschaftlichen bzw. medizinischen Fakultäten).

Zum anderen sind aber auch Schließungsprozesse bzw. Marginalisierungen nicht übersehbar. An den Universitäten und Fachhochschulen, wo es in der Umstrukturierungs- und Neubesetzungsphase nicht gelungen war, Frauen- und Geschlechterforschung zu institutionalisieren, sind in der folgenden Phase die Aussichten, daß diesbezügliche Aktivitäten Erfolg haben, noch geringer geworden. Und auch an den Universitäten Berlin und Potsdam hat sich die bislang im wissenschaftlichen Feld gängige Verortung von Frauen- und Geschlechterforschung am unteren Ende der disziplinären Hierarchie, bei den »weichen« Disziplinen, reproduziert.

Meine zweite Bemerkung: Ich habe mich hier auf die Rekonstruktion von Kräfteverhältnissen zwischen Akteursgruppen konzentriert, die zwischen 1989 und 1994 zur Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung an einigen ostdeutschen Universitäten geführt hatten. Außer acht gelassen habe ich dabei eine Dimension, deren Rekonstruktion das Bild erst vervollständigen würde: den Kampf verschiedener Akteursgruppen um die »Ausübung symbolischer Gewalt in der Form der Durchsetzung der eigenen Sicht der Teilungen der Welt« (HARK 1998: 6), d.h. des eigenen Verständnisses von »Gegenständen« der Frauen- und Ge-

schlechterforschung, der »angemessenen« Theorien und Methoden. Diese Rekonstruktion des Kampfes um die symbolische Macht – die ich hier nur ansprechen, aber nicht leisten kann – würde z.B. erfordern, diskursive Grenzziehungen zu analysieren, die zwischen ost- und westdeutschen feministisch orientierten Wissenschaftlerinnen, aber auch unter den ostdeutschen Wissenschaftlerinnen ins Spiel gebracht wurden, um – unter anderem mit der Verwendung der Bezeichnungen »Frauenforschung« oder »Gender- bzw. Geschlechterforschung« – in diesen Kämpfen um legitime Definitionen, »Visions- und Divisionsprinzipien« (vgl. BOURDIEU 1997, S. 156) erfolgreich einen Platz zu behaupten oder auch einen Platz durch die anderen zugewiesen zu bekommen.[6] Und dies würde auch erfordern zu analysieren, wie – mit der relativ gewachsenen Akzeptanz von Frauen- und Geschlechterforschung und der Attraktivität z.B. von »Gender Studies« bei den Studierenden – auch neue (männliche) Akteure, etwa aus den Naturwissenschaften oder aus der Medizin, in diese Kämpfe um die legitime und (be)herrschende Definition von »Geschlecht« und »Geschlechterverhältnissen« einzugreifen versuchen. Doch das wäre bereits Stoff für einen neuen Vortrag. Ich habe mich hier auf den Aspekt der Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung an ostdeutschen Universitäten beschränkt – wie gesagt, aus Gründen einer persönlich angestrebten Anamnese, aber auch, um deutlich zu machen, daß in diesem Umstrukturierungs- und Neubesetzungsprozeß die ostdeutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler keineswegs bloß die Verlierer oder die Kolonisierten waren.

Anmerkungen

* Dieser Text ist die leicht veränderte Fassung eines Beitrages zur Konferenz »Forschungen zu den symbolischen Kämpfen um die Universität im Anschluß an Pierre Bourdieu«, die vom 26. bis 28.11.1998 in Wien stattfand.

1 Vergleichbares gilt für das Land Brandenburg, dessen Partnerland Nordrhein-Westfalen eine im BRD-Vergleich frauenfreundliche Wissenschaftspo-

litik betreibt und Beamte sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für den wissenschaftlichen Neuaufbau des Landes Brandenburg zur Verfügung stellte.

2 Bourdieu (1991) bezeichnet das politische Kapital als »Unterart des sozialen Kapitals« in den »real-sozialistischen« Ländern, das seinen Besitzern vor allem den Zugang zu (knappen) Dienstleistungen und Gütern sicherte. Das Verfügen über politisches Kapital war aber auch eine Voraussetzung, um z.B. im wissenschaftlichen Feld bestimmte Positionen einnehmen zu können (z.B. in der Regel die Parteimitgliedschaft, um Hochschullehrer oder Hochschullehrerin werden zu können, oder auch das Absolvieren bestimmter Parteiinstitutionen, um zur Nomenklatura zu gehören, die universitäre Machtpositionen besetzen konnte).

3 Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß eine Initiative an der *Humboldt-Universität* zur Einrichtung eines Instituts für »Geschlechterverhältnisse und Sexualität« (in der Nachfolge des *Hirschfeld-Instituts*) am Widerstand von Medizinern, Biologen, aber auch Philosophen und Sozialwissenschaftlern, vor allem aus der HUB selbst, scheiterte.

4 Karin Zimmermann hat in ihrer bereits erwähnten empirischen Untersuchung eindrucksvoll belegt, welche Rolle soziale Netzwerke bei der Berufungspolitik spielten (ZIMMERMANN 1995: 32ff.).

5 Generell läßt sich bei den Berufungen ein geschlechterhierarchisches Muster feststellen: Nach den Westmännern folgen Ostmänner in der Häufigkeit der Berufungen, danach Westfrauen vor Ostfrauen (vgl. ZIMMERMANN 1995: 39f.).

6 Diese Fragen sind sozialwissenschaftlich bisher wenig bearbeitet worden (vgl. DÖLLING 1996, 1998).

Literatur

BOURDIEU, Pierre (1991): Politisches Kapital als Differenzierungsprinzip im Staatssozialismus. In: BOURDIEU, Pierre: *Die Intellektuellen und die Macht*. Hg. von Irene Dölling. Hamburg: VSA Verlag, S. 33–39

BOURDIEU, Pierre/WACQUANT, Loic J.D. (1996): *Reflexive Anthropologie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp

BOURDIEU, Pierre (1997): Männliche Herrschaft. In: DÖLLING, Irene/KRAIS, Beate (Hg.): *Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 153–217

BOURDIEU, Pierre (1998): *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp

DÖLLING, Irene (1996): Das Veralten der Frauenforschung. In: *Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung*, Nr. 37. Berlin

DÖLLING, Irene (1998): Warum es 1998 keinen Sinn mehr macht, von ostdeutscher Frauenforschung zu sprechen. Vortrag zur Jahrestagung von *»Women in German«*, Oktober 1998 in Aptos, California (unveröff. MS)

HARK, Sabine (1998): Zur Institutionalisierung neuer Wissensfelder – Reflexivität als Programm. In: *Neue Impulse.* Wissenschaftliche Beiträge und Mitteilungen der Gesellschaft Deutscher Akademikerinnen e.V., Nr. 1/98, S. 6–8

ZIMMERMANN, Karin (1995): *Das ›sichtbar Unsichtbare‹: Frauen in der Wissenschaft. Folgen der Transformationsprozesse in Wissenschaftsinstitutionen der neuen Bundesländer.* Projektbericht. Berlin: Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen